Israel-Hasser machen Pause wegen Corona

BERLIN — Antisemiten und islamische Extremisten machen in der Corona-Krise auch mal Pause.

Die israelfeindliche Al-Kuds-Demonstration palästinensischer Organisationen in Berlin fällt erneut aus. Darüber informierte die Polizei. Die Anmeldung für den 8. Mai sei zurückgenommen worden.

Der alljährliche Umzug ist immer wieder in die Kritik geraten, weil von Teilnehmern offen zum Hass gegen israel und "die Juden" aufgestachelt wurde. Am Al-Kuds-Tag, der am Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan liegt, ruft der Iran jedes Jahr zur Eroberung Jerusalems auf. Hintergrund ist die Besetzung Ost-Jerusalems durch Israel während des Sechstagekrieges 1967. Al-Kuds ist der arabische Name für Jerusalem.

Selbst im Iran wurden alle Al-Kuds-Kundgebungen wegen der Pandemie abgesagt.

27 Wohnungen durchsucht: Polizei schnappt Juwelenräuber

BERLIN — Eine Bande Juwelenräuber ist von der Berliner Polizei gefasst worden. Die Kriminalpolizei und Spezialeinsatzkommandos (SEK) durchsuchten am Donnerstagmorgen 27 Wohnungen und andere Räume in Berlin, Brandenburg und Niedersachsen, wie mitgeteilt wurde.

Drei Männer im Alter von 35, 38 und 51 Jahren wurden verhaftet, neun weitere Männer stehen unter Verdacht. Die Bande soll Raubüberfälle in Wohnungen, Einfamilienhäusern und einem Juweliergeschäft begangen haben. Die Täter sollen oft ähnlich wie Polizisten bekleidet gewesen sein. Sie sollen ihre Opfer gefesselt und mit einer Pistole bedroht haben. Insgesamt sollen sie Schmuck, Uhren und Geld im Wert von mehr als einer Million Euro erbeutet haben.

An den Durchsuchungen waren 300 Polizisten beteiligt. Die Polizei hatte monatelang ermittelt. Die zwölf Verdächtigen sind zwischen 22 bis 62 Jahren alt. Seit 2018 sollen sie sehr gezielt und mit viel Planungsaufwand die Raubüberfälle begangen haben. Teile der Beute sollen sie an ein Juweliergeschäft verkauft haben. Zudem sollen einige der Verdächtigen versucht haben, in weitere Wohnungen einzubrechen. Bei den Durchsuchungen an fünf Orten fand die Polizei auch zwei scharfe Schusswaffen, diverse Schreckschusspistolen und 1,5 Kilogramm Marihuana.

Auto-Brandstiftungen in Berlin: Polizei geht gegen arabische Großfamilie vor

BERLIN – Zwei Männer sollen eine ganze Serie von Auto-Brandstiftungen vor allem in Berlin-Neukölln verübt haben.

Mit Unterstützung von rund 100 Polizisten durchsuchten die Fahnder vom Landeskriminalamt (LKA) am Donnerstagmorgen die Wohnungen der beiden Verdächtigen in der Sonnenallee und Wildenbruchstraße, wie die Polizei mitteilte.Die Männer im Alter von 30 und 43 Jahren sollen zu einer bekannten arabischstämmigen Großfamilie gehören. Die Gründe für die Brandstiftungen an 17 Autos und einem LKW sind laut Polizei derzeit noch völlig unklar.

Die Täter schlugen seit Dezember vergangenen Jahres an elf Stellen zu. An einigen Tatorten zündeten sie offenbar mehr als ein Auto an. Die meisten dieser Brandstiftungen ereigneten sich in Nord-Neukölln, dem Stadtteil, in dem auch die durchsuchten Wohnungen liegen. Einige Autos wurden auch in anderen Stadtteilen angezündet.

Bei den Durchsuchungen beschlagnahmte die Polizei Beweise. Sie sollen nun ausgewertet werden. Haftbefehle gegen die Verdächtigen lagen bisher noch nicht vor. Eine spezielle Ermittlungsgruppe (Besondere Aufbauorganisation (BAO)) mit der Bezeichnung Delta im Dezernat für Branddelikte beim LKA will auch klären, ob die Verdächtigen für weitere Brandstiftungen verantwortlich sind.

Nach ersten Erkenntnisse handelten die Täter nicht aus politischen Motiven, so die Polizei. Für Mitglieder arabischstämmiger Großfamilien wäre das auch eher untypisch. Ob es etwa um Erpressung, Versicherungsbetrug, Vandalismus, die Ablenkung der Polizei von anderen Straftaten oder eine Verunsicherung von Gegnern in der kriminellen Szene ging, ist noch offen. Erkenntnisse zur Motivation der Täter lägen noch nicht vor, sagte eine Sprecherin.

In Berlin werden fast in jeder Nacht Autos angezündet. Im vergangenen Jahr gab es laut Polizei insgesamt 382 Fälle von Brandstiftungen an Autos, bei denen 426 Fahrzeuge angezündet wurden (2019: 343 Fälle, 358 Kfz angezündet). Zahlreiche weitere Autos wurden dabei durch Flammen und Hitze zerstört oder beschädigt.

Nur 44 dieser Fälle ordnete die Polizei politisch motivierten Tätern aus der extremistischen Szene zu. Für diese Taten sind vor allem Linksextremisten verantwortlich. Hierbei sind die Ziele oft Autos und Transporter bestimmter Firmen aus den Bereichen Immobilien, Rüstung, Telekommunikation oder von der Deutschen Bahn. Die politischen Brandanschläge werden fast nie aufgeklärt, wie kürzlich aus Angaben der Polizei und des Senats auf Anfragen der CDU hervorging. Zu 125 dieser Anschläge in den vergangenen sechs Jahren fasste die Polizei nur einen Verdächtigen aus der linksradikalen Szene.

Zu den anderen Brandstiftungen wurden bei etwa 1700 Fällen in sechs Jahren 198 mutmaßliche Täter ermittelt. Die Motive waren Vandalismus, Versicherungsbetrug, Rache, Geltungssucht oder Frustration. Die meisten Autos wurden in Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg angezündet.

14-jähriger Dealer sticht Rentner nieder – die Polizei bringt den Jungen zu Mami

KREUZBERG — Ein 14-Jähriger hat am Samstagabend einen Fußgänger in der Alten Jakobstraße angerempelt. Es entwickelte sich ein Streit zwichen dem 62-Jährigen und dem Jungen, der schließlich ein Messer zog und den Älteren mit mehreren Stichen schwer verletzte.

Der Angreifer flüchtete, wurde aber nach kurzer Zeit von alarmierten Polizeibeamten in der Nähe festgenommen. Bei seiner Durchsuchung kamen Drogenutensilien wie Feinwaage, Verschlusstütchen und auch Notizen zum Vorschein. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus gebracht, der minderjährige Drogendealer zu seiner Mutter.

Vier Fußgänger in Berlin totgefahren - SUV-Fahrer angeklagt

BERLIN — Das schwere Auto riss mehrere Metallpoller aus dem Boden, rammte eine Ampel und überschlug sich mehrfach an der Kreuzung in der Berliner Innenstadt. Vier Fußgänger, die auf Grün warteten, hatten keine Chance mehr, sie starben. Das war am 6. September 2019.

Anderthalb Jahre später hat die Staatsanwaltschaft in der Hauptstadt nach langwierigen Ermittlungen nun den 44 Jahre alten Fahrer des Wagens angeklagt. Er soll bei einem epileptischen Anfall ungebremst und mit mehr als 100 Stundenkilometern in die Gruppe gerast sein. Auch ein drei Jahre alter Junge kam dabei ums Leben.

Dem 44-Jährigen wird fahrlässige Tötung vorgeworfen. Er sei gefahren, obwohl er wegen des bekannten Anfallleidens und einer nur kurz zurückliegenden Gehirnoperation dazu nicht in der Lage gewesen sei, teilte die Anklagebehörde am Donnerstag weiter mit. Der Fahrer soll von seinem Neurologen mehrfach aufgefordert worden sein, sich bis auf Weiteres nicht ans Steuer zu setzen.

Nach den Ermittlungen soll der SUV-Fahrer auf der Invalidenstraße zunächst auf die Gegenfahrbahn ausgeschert sein, vorbei an wartenden Fahrzeugen. Wegen des epileptischen Anfalls habe er «konstant voll beschleunigt», hieß es. Nach früheren Angaben der Staatsanwaltschaft wurde davon ausgegangen, dass der Fahrer regelmäßig Medikamente nahm. Einen technischen Defekt an dem Fahrzeug hatte die Behörde

ausgeschlossen.

Der Anwalt des Autofahrers wandte sich nach dem Unfall mit einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft und wies auf eine «akute gesundheitliche Notlage» seines Mandanten hin. Für die Ermittlungen war auch die Wohnung des Fahrers durchsucht worden, um Beweismittel zu sichern.

Anwohner hatten nach dem Unfall ihre Empörung und Besorgnis über die gefährliche Verkehrssituation in dem Bereich öffentlich gemacht. Nach einer Internet-Petition sagte der Senat schnelle Verbesserungen rund um die Unfallstelle zu. Eingeführt wurde dann in dem Abschnitt Tempo 30. Auch lange angekündigte, geschützte Radstreifen wurden in Angriff genommen.

Angriff auf Busfahrer in Lichtenberg

LICHTENBERG — Vier Jugendliche schlugen vergangene Nacht einen Busfahrer der BVG in Lichtenberg. Gegen 1.50 Uhr machte eine Zeugin Einsatzkräfte einer Polizei-Hundertschaft an der Kreuzung Frankfurter Allee/Alfredstraße auf den Angriff in einem Bus der Linie N65 aufmerksam.

Die Polizeieinsatzkräfte griffen sofort ein, als sie sahen, wie sechs Personen sich um den 51-jährigen BVG-Mann sammelten und einer mit der Faust auf ihn eindrosch. Als sie die naheneden Polizeikräfte entdeckten, flüchteten die Randalierer, ein 18- und ein 19-Jähriger konnten aber direkt am Ort festgenommen worden. Nach kurzer Verfolgung gelang es auch, die anderen vier einzukassieren.

Der leicht verletzte Busfahrer sagte aus, dass das Quartett junger Männer im Bus Bier getrunken und einer der Gruppe vorsätzlich eine Bierflasche zerschlagen haben soll. Daraufhin habe er die Jugendlichen zur Rede gestellt, die ihn jedoch sogleich mit Fäusten und Fußtritten angegriffen hätten.

Die nahm die Schläger in Gewahrsam, drei von ihnen wurden nach Blutentnahme und erkennungsdienstlicher Behandlung später wieder entlassen. Einzig der vermeintlich 19-Jährige bleibt in polizeilichem Gewahrsam. Er gab falsche Personalien an. Tatsächlich ist er ebenfalls erst 18 Jahre alt und wurde mit zwei Haftbefehlen gesucht.

Lebenslang für Sexualmord im Prenzlauer Berg

BERLIN — Das Berliner Landgericht hat heute einen 33-jährigen Mann wegen Mordes und Vergewaltigung einer hochschwangeren Frau schuldig gesprochen und zu lebenslanger Haft verurteilt. Er hatte die 31-Jährige im Mai vergangenen Jahres in ihrer Wohnung vergewaltigt und danach erwürgt. Die Leiche der jungen Frau war vier Tage nach dem Verbrechen in ihrer Wohnung im Prenzlauer Berg entdeckt worden. Sie sei «mehrschichtig mit Handtüchern und Decken eingewickelt gewesen», hieß es weiter im Urteil. Familienmitglieder und eine Freundin hätten zuvor die Polizei alarmiert, weil sie die 31-Jährige tagelang auch telefonisch nicht erreichen konnten. Beamte hätten die Leiche dann in der Zwei-Zimmer-Wohnung gefunden. Als Motiv für die Tat geht das Gericht von "starkem sexuellen Verlangen» des Mannes aus, der seit Jahren keine Partnerin gehabt habe.

Millionenmetropole Berlin schiebt zwei (!) gefährliche Männer ab

BERLIN - Das Land Berlin hat heute einen "terroristischen Gefährder" und einen Straftäter aus der Szene Clankriminalität in ihre Heimatländer abgeschoben. Der hoch eingestufte Gefährder, ein Bosnier, wurde wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung verurteilt worden und habe auch im Gefängnis weiter für die Terror-Miliz IS geworben. Der zweite abgeschobene Mann ist ein türkischer Staatsbürger mit Verbindungen zu kriminellen Mitgliedern arabischer Strukturen. Er sei wegen Gewalttaten und Drogenhandels aufgefallen und derzeit angeklagt im Zusammenhang mit einer Schießerei. Die Abschiebung erfolgte am Freitag aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit. Für beide Männer langjährige gelten Wiedereinreisesperren.

Innensenator Andreas Geisel (SPD): "Die heutige Abschiebung war wichtig für die Sicherheit in unserer Stadt. Terror und Hetze dulden wir nicht. Die Gefahrenbewertung und die daraus folgenden Maßnahmen der Sicherheitsbehörden haben funktioniert."

Unbekannte Joggerin lebensgefährlich verletzt

WEDDING — Bei einem Verkehrsunfall im Wedding wurde heute Mittag gegen 13.15 Uhr eine Frau lebensgefährlich verletzt. Nach bisherigen Erkenntnissen soll eine Joggerin, deren Identität bislang ungeklärt ist, die Fennstraße vom Gehweg aus überquert haben, als sie von einem Pkw der Marke Smart erfasst wurde. Der Fahrzeugführer befuhr die Straße aus Richtung Müllerstraße kommend in Richtung Fennbrücke. Die Frau kam mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus. Sie soll 25 bis 30 Jahre alt sein. Sie trug eine schwarze Sportjacke und ein helles Kurzarm-T-Shirt der Größe S sowie Turnschuhe. Sie hat schulterlange braune und gelockte Haare.

Angehörige und Bekannte werden gebeten, sich an die Wache des Polizeiabschnitts 17 unter der Rufnummer (030) 4664-117700 oder jede andere Polizeidienststelle zu wenden.

"Tiefe Verachtung für Frauen": 13 Jahre und sechs Monate Haft für Berliner Serienvergewaltiger

BERLIN — Es sind Verbrechen, wie man sie nur aus düsteren skandinavischen und britischen Serienmörder-Filmen kennt, wenigstens in diesem Fall ohne Morde. Das Berliner Landgericht sprach den 33-jährigen Täter heute schuldig und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 13 Jahren und sechs Monaten

wegen schwerer Vergewaltigung, Geiselnahme und Körperverletzung. Anschließende Sicherungsverwahrung ist möglich.

Die Vorsitzende Richterin sagte in der Urteilsbegründung, der Mann habe das Leben mehrerer Frau zerstört. Er habe "planvoll, besonders grausam und brutal" gehandelt. Der 33-Jähriger sei skrupellos und habe manche der Frauen über Stunden gequält.

Der Täter hatte wahllos Frauen von der Straße in sein Auto gezerrt, wo sie von ihm und Mittätern vergewaltigt wurden. In einem Fall sei das 21-jährige Opfer so schwer misshandelt worden, dass es in Lebensgefahr schwebte. In einem anderen Fall wurde eine 18-Jährige ins Auto gezerrt, vergewaltigt und dann in eine Wohnung gebracht, wo die Quälereien stundenlang fortgesetzt wurden. Sein jüngster Opfer war eine 14-Jährige, die mit seinem Halbbruder befreundet war.

Der Täter — so die Richterin — empfinde "eine tiefe Verachtung für Frauen" und er habe einen "sadistischen Machtanspruch frei von jeglichem Mitgefühl".